Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 42

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zustimmen. Der Bundesrat ist gewillt, einen gesunden Bauernstand und eine leistungfähige Landwirtschaft zu erhalten. Die schweizerische Landwirtschaft hat wegen ihrer klimatischen, topographischen, strukturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse besondere Schwierigkeiten zu überwinden; sie finden in den Produktionskosten, die wesentlich höher liegen als diejenigen der Gemeinschaft, ihren konkreten Ausdruck. Die Verwirklichung der agrarpolitischen Ziele im Rahmen der Assoziation wirft somit sehr komplexe Probleme auf. Wir würden wünschen, sie zusammen mit der Gemeinschaft näher prüfen zu können, in dem Bestreben, eine angemessene Lösung zu finden.

Auf dem Gebiete des Transportwesens drängt sich schon aus geographischen Gründen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EWG auf. Es ist daher unser Wunsch, mit der Gemeinschaft eine möglichst rationelle Transportpolitik zu vereinbaren, so wie die Gemeinschaft selbst sie in Aussicht nimmt.

Wir sind bereit, Bestimmungen vorzusehen, um zu verhindern, dass die Abschaffung der dem freien Verkehr entgegenstehenden Hindernisse durch private Vereinbarungen oder Monopole durchkreuzt oder der Wettbewerb durch Subventionen, durch Beihilfen aller Art, durch Dumpingpraktiken usw. gefälscht wird.

Wir teilen ferner die Absicht, dass eine enge Zusammenarbeit in den Fragen der Konjunktur- und Währungspolitik sowie des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen erforderlich ist.

Die schweizerische Regierung wäre gewillt, die Besprechungen auch auf jedes andere Problem auszudehnen, das die Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Assoziation aufzugreifen wünschen sollte, insbesondere die schweizerische Beteiligung am Sozialfonds und an der Investitionsbank. Sie ist bereit, die Leistung eines angemessenen Beitrags an den Entwicklungsfonds in Aussicht zu nehmen.

9. Schlussfolgerungen

Gerade für Europa, in dessen Mitte wir liegen, aber ebensosehr für die andern Kontinente, hat sich das Bestreben dieses Status — mit allen Beschränkungen, die es für uns mit sich bringt — immer wieder als nützlich erwiesen. Die Sicherungen, auf die wir mit Rücksicht auf unsere Neutralität nicht verzichten könnten, tun der Substanz der Assoziation keinen Eintrag. Die Schweiz ist ihrem geistigen und politischen Ursprung nach ein im europäischen Ideal verwurzeltes Land, und die Ziele, die sie verfolgt, sind auf die Stärkung und Entfaltung Europas ausgerichtet. Die Staatsmaxime der Neutralität kann weder im Falle der Schweiz noch Schwedens und Oesterreichs die europäischen Einigungsbestrebungen behindern. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass die Neutralität dieser Statuten eine nützliche Ergänzung eines europäischen Systems darstellt, welches auf eine Annäherung der Völker und eine Verstärkung der Zusammenarbeit hinzielt und von uns und den Staaten, die uns umgeben, herbeigewünscht wird. Eine Mitwirkung der Schweiz am grossen Werk der Gemeinschaft, das in einem Wirtschaftsraum aufgebaut wird, mit dem uns die intensivsten Beziehungen verbinden, entspricht der Natur der tatsächlichen Gelegenheiten.

Die Schweiz verlangt keine einseitigen Vorteile; das Assoziationsabkommen, das sie vorschlägt, sollte der einen wie der andern Seite eine ausgeglichene und gerechte Lösung bieten. Unser Hauptziel ist, die zwischen unsern Ländern bereits vorhandene Kooperation und Integration zu bewahren und weiter zu entwickeln.

Die Gemeinschaft hat sich in Art. 2 des Römer Vertrages zur Aufgabe gestellt, «eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens, innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine grössere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind». Unser Land begrüsst diese Zielsetzung und hofft, durch eine Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt die Möglichkeit zu haben, zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

Landwirtschaft

Sowjetunion

Andauernde Agrarkrise

Längst hätte die kommunistische Agrarverfassung der Ostblockstaaten ihre Fassung verloren, wenn sie nicht trotz ihres Misserfolges und gegen den Willen des Volkes gewaltsam angewendet würde. Der Grund liegt weder in der Unmenschlichkeit an sich der kommunistischen Machthaber noch in deren Unfähigkeit. Er liegt vielmehr in einer eigenartigen Zwangslage: Die endgültige und nachhaltende Gesundung der Landwirtschaft im Ostblock ist nur durch eine tiefgreifende Liberalisierung zu verwirklichen. Diese aber würde vom Grundsätzlichen her das System der Diktatur in Frage stellen. Die immer schwebende, in den letzten zwei Jahren aber besonders offensichtliche Agrarkrise ist somit eine Dauererscheinung im kommunistischen Gesamtbild, die zur Erhaltung der Diktatur in Kauf genommen werden muss. Diese Krise führt also nicht notwendigerweise zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur, wie es sich westliches Wunschdenken immer wieder erhofft.

Zur gegenwärtigen Erntezeit ist die gesamte Sowjetpresse voller Klagen, die interessante Schlaglichter auf den grauen Alltag im totalitären Staat wirft.

In Estland beklagte sich die «Sovetskaja Estonia», dass auf Septemberanfang 1961 die Ernte eingebracht gewesen sei, in diesem Jahr aber zur gleichen Zeit knapp ein Fünftel gemäht und erst ein Zwanzigstel eingebracht gewesen sei. «Das schlechte Wetter allein rechtfertigt aber nicht das langsame Arbeitstempo... Um bei widriger Witterung die Ernte einzutragen, wäre erhöhter Arbeitseinsatz nötig gewesen; er ist aber nicht erfolgt.»

In Georgien wies die «Zarja Vostoka» auf die gleiche Ursache: «Von 310 arbeitsfähigen Kolchosmitgliedern erscheinen täglich nur 80 bis 100 Personen zur Arbeit.»

Aehnlich in Tadschikistan, wo die Tageszeitung «Kommunist» auf die grossen Verspätungen bei der Baumwollernte hinwies. In den Kolchosen sei man der Meinung, dass die zu Erntearbeiten mobilisierten Industriearbeiter, Angestellten und Schüler die Ernte einbringen sollten, während nur 46 bis 52 Prozent der arbeitsfähigen Bauern eingesetzt worden seien. Eine recht offene Sprache führt auch die «Sovetskaja kirgizija» in Frunse. In Kirgisistan ist die Zuckerrübenernte zwar gut; aber es verbleiben wegen schlechter Arbeit 15 bis 20 Prozent der Zuckerrüben im Boden.

Eine Beschleunigung der Arbeitsgeschwindigkeit verlangt in Weissrussland die «Sovetskaja Belorussija», weil sonst «ein bedeutender Teil» der Kartoffeln in der Erde bleibe. «Die restlose Ausgrabung ist eine wichtige Aufgabe, denn der Kartoffelertrag ist klein.»

In Litauen ist man den Ursachen nachgegangen und hat sie unverblümt genannt. Am 5. September berichtete die «Sovetskaja Litva» über Erfahrungen im Ernteeinsatz: «Am frühen Morgen jäteten Arbeiterinnen auf den Futterrübenfeldern. Gegen 10 Uhr fing es an zu regnen, und alle gingen nach Hause. Gegen 12 Uhr hörte der Regen auf, aber nach der Mittagspause gingen nur drei von 15 Arbeiterinnen aufs Feld. Der Aufseher musste von Haus zu Haus gehen, um die restlichen Arbeiterinnen zur Arbeit einzuladen... Am Rückstand der Kolchosen ist nicht so sehr die Witterung schuld als die schlechte Organisation, das Fehlen des wachsamen Auges des Besitzers.»

Diesem völlig richtigen Urteil kann natürlich keine Rechnung getragen werden, weil sonst tatsächlich der Einbruch des freiheitlichen Organisationsprinzips unaufhaltsam würde. Daher versucht man durch vermehrte Kontrolle und Koordination zu korrigieren.

Das Organ des sowjetischen Landwirtschaftsministeriums, «Selskaja Schisn» (27. September 1962), hat mitgeteilt, dass ein Koordinierungsausschuss für wirtschaftliche Agrarfragen gebildet worden sei. Der Vorsitz ist einem bekannten Agronomen, K. P. Obolenskij, übertragen worden. Die ersten Beratungen dieses Ausschusses dauerten zwei Tage. Es wurden fünf Abteilungen bestimmt, die sich mit besonderen Fragen der landwirtschaftlichen Organisation zu befassen haben werden.

Eine nachhaltige Besserung kann auf diesem Wege nicht eintreten, obwohl solche Massnahmen die schlimmsten Auswüchse wohl beheben können.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres erhöhten sich die jugoslawischen Deviseneinnahmen durch ausländische Touristen um 62 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode vom Vorjahr.

Comecon

Volksdemokratien

Integrationssorgen

Nachdem Moskau mit beträchtlichem Unbehagen die erfreuliche Entwicklung der EWG nicht mehr wegdiskutieren kann (KB Nr. 37), muss die weitere Integration mindestens der europäischen Satelliten mit aller Kraft vorangetrieben werden, und zwar parallel zur Wirtschaftsoffensive gegen die freie Welt. Folgende Massnahmen sind an der zweiten Tagung des Exekutivkomitees des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, Comecon) Ende September beschlossen worden:

■ **Verstärkung der Führungsspitze. Die Delegierten der Mitgliedstaaten sind alle im Range eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten: UdSSR - Nowikow, Polen - Jaroszewicz, Ungarn - Apro, SBZ - Leuschner, Bulgarien - Todorow, Rumänien - Birladeanu, Mongolei - Molomdshanz.**

■ **Grundsätzliche Abstimmung der langfristigen Perspektivpläne für die Zeit 1961—1980.**

■ **Koordinierung der kommenden Fünfjahrpläne 1966—1970 in allen Einzelheiten.**

■ **Einheitliche Valuta- und Finanzpolitik, insbesondere auch auf dem Gebiet der Investitionen.**

■ **Sofortmassnahmen zur Linderung der Agrarkrise (Verteilung von Saatkartoffeln).**

■ **Verbesserung der Arbeitsteilung, die noch immer, wahrscheinlich aus nationalen Rücksichten, zu wünschen lässt. Nach Angaben von Jaroszewicz ist vor allem die Produktion jener Maschinen, die im RGW-Raum nicht oder nicht in genügender Anzahl hergestellt werden, vordringlich zu behandeln. Damit zeichnen sich Autarkiebestrebungen ab.**

Auf der Regierungsebene, und damit aus taktischen Gründen ausserhalb des RGW, soll gleichzeitig die Wirtschaftsoffensive erweitert werden. Hierbei sind folgende Angriffsrichtungen erwähnenswert:

■ **Durchführung einer Welthandelskonferenz mit dem Zweck, eine internationale Handelsorganisation zu schaffen. Die UdSSR hatte im Sommer diesen Vorschlag gemacht, ihn aber wieder fallengelassen. Die Idee wurde durch Rumänien aufgenommen und durch Aussenminister Mircea Malita der Uno-Vollversammlung vorgetragen.**

■ **Erweiterung der Oeloffensive. Sie bildet das Rückgrat des Ostblock-Wirtschaftsangriffes. Durch verstärkte Belieferung Westeuropas mit sowjetischem Erdöl soll der Nahe Osten in die Knie gezwungen und dem kommunistischen Machtbereich zugeführt werden, der in Irak und Jemen bereits beachtliche Brückenköpfe besitzt. Ist diese Entwicklung einmal abgeschlossen, könnte Moskau rund drei Viertel der bekannten Erdölreserven der Welt kontrollieren.**

Wirtschaft

Bulgarien

Richtlinien für den VIII. Parteikongress

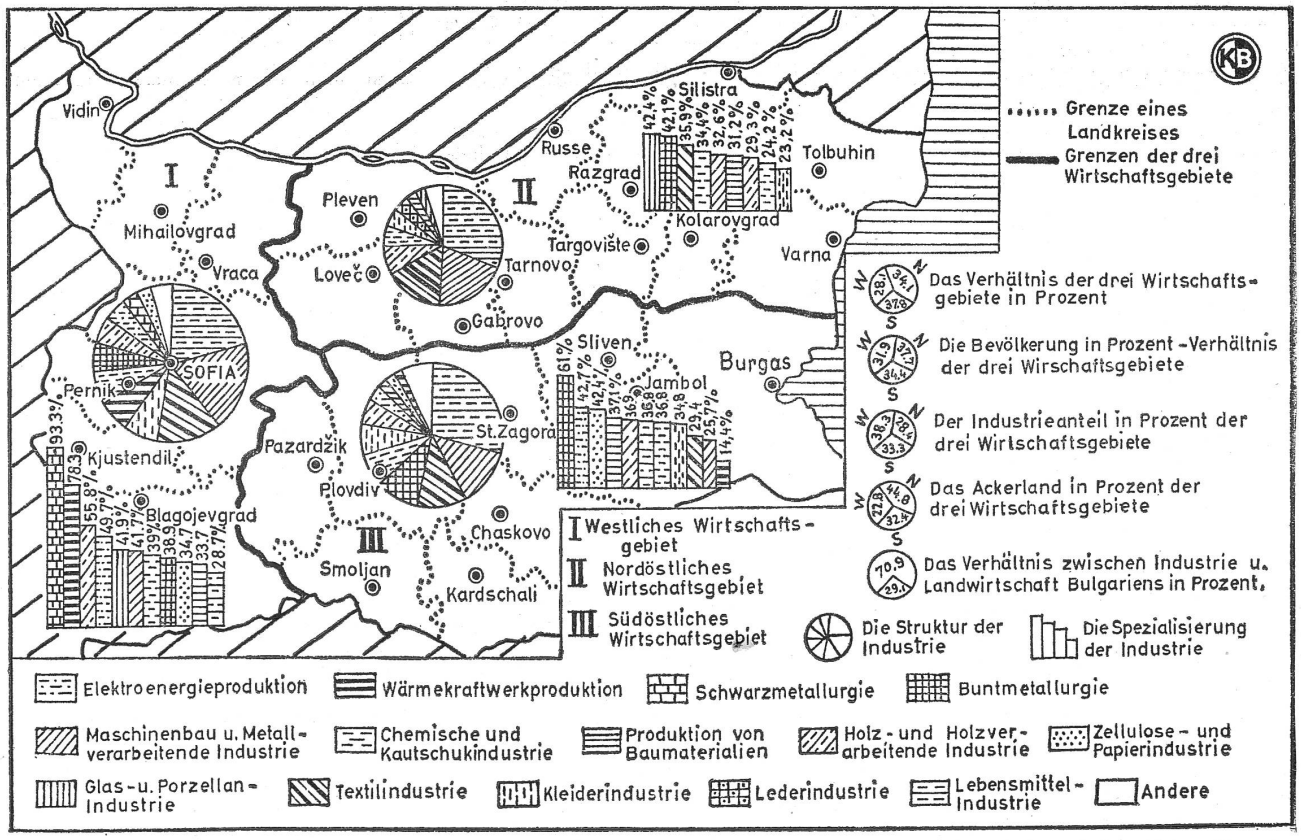
Im November wird die kommunistische Partei Bulgariens ihren VIII. Parteikongress durchführen. Der Kongress wird die Richtlinien zu genehmigen haben, welche das Zentralkomitee über «die Vervollkommnung der materiellen und technischen Grundlage für den Sozialismus und die Schaffung der materiellen und technischen Grundlage für den Kommunismus» soeben im Entwurf veröffentlicht hat. Diese Richtlinien enthalten die Ziele des Perspektivplanes für die Zeit von 1961 bis 1980.

Im Vergleich zu 1961 soll die gesamte Industrieproduktion 1970 300 Prozent und 1980 700 Prozent betragen. Die Energiebasis soll durch gesteigerte Kohlen-, Erdöl- und Erdgasförderung sowie durch den Bau von Elektrowerken sichergestellt werden. Die Eisen- und Stahlproduktion soll um das drei- bis vierfache gesteigert werden. Ferner ist eine Ausweitung der chemischen Industrie vorgesehen.

Auch der Ausbildung wird beträchtliche Aufmerksamkeit geschenkt. Die obligatorische Schulzeit beträgt heute 7 Jahre; sie wird bis 1970 auf 8 und bis 1980 auf 10 Jahre ausgedehnt werden. Die Zahl der Hochschulstudenten soll von 54 795 im Jahre 1960 auf 220 000 im Jahre 1980 erhöht werden, wovon über die Hälfte Ingenieure. An den Technika sollen 300 000 Schüler unterrichtet werden.

Schliesslich werden ehrgeizige Planziele auch für die Entwicklung der Konsumgüterproduktion in Aussicht genommen.

DIE WIRTSCHAFTSGEBIETE IN DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN



Der 4. Fünfjahresplan 1961 bis 1965 Bulgariens sieht grosse Investitionen zur Entwicklung der Industrieproduktion vor. Von der Erreichung der ehrgeizigen Planziele hängt auch der Erfolg des langfristigen Perspektivplanes 1961 bis 1980 ab. Daher müssen die Ergebnisse der Jahrespläne sorgfältig ausgewertet werden, um die nötigen Korrekturen frühzeitig durchführen zu können. Im Sinne einer solchen Korrektur steht in Bulgarien die Aufteilung des Landes in drei Wirtschaftsgebiete bevor. Zweck dieser Massnahme ist die ausgewogene Entwicklung der Produktivkräfte unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen, geschichtlichen und geographischen Faktoren: Rohstofflager, Energiebasen, Verkehrsnähe, Arbeitskräfte und Arbeitsreserven, Industriestandorte. Die einer Vorlage der Sofioter «Ikonomitcheska Misl» nachgezeichnete Wirtschaftskarte zeigt die Ausdehnung der drei Wirtschaftsgebiete West (I), Nordost (II) und Südost (III).

«Akademische Kartoffelstückchen»

Wir trotzen allen Regenschauern,
da hilft kein Hagel und kein Wind,
denn wir verwandeln uns in Bauern,
die eigentlich Studenten sind.

*

Statt Theorie wird jetzt begeistert
das Knollenpraktikum gemeistert.

*

Bei sich zu Haus am Bücherschrank
sitzt stud. med. Müller —
der spielt krank.

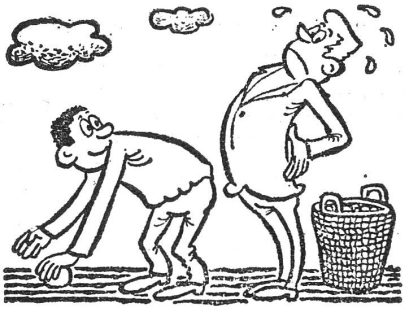
Das Knollenlesen, Ehrenwort,
das ist der beste Ausgleichssport!

*

Wer gutes Mensa-Essen schätzt,
beweist das auf den Feldern jetzt.

*

Und wenn ich auch das Bücken hasse:
Das Seminar ist grosse Klasse!



Ich gehe immer «in die vollen»:
Sonst les' ich Marx, jetzt les' ich
Knollen.

*

Uns kriegt kein Riesenacker klein,
die Prüfung muss bestanden sein!
Als Studentenkollektiv
geht kein Erntewettstreit schief.

Von Dieter Langguth in «Junge Welt», Ostberlin 14. 9. 1962).

Ein Ausflug statt der Arbeit bei der Kartoffelernte hat zwei sowjetzonalen Parteifunktionären die Stelle gekostet. Weil sie mit Angehörigen der Verwaltung am 22. September eine «Blaufahrt» unternommen hatten, «obwohl grosse Rückstände bei der Kartoffelrodung bestehen», wurden der Direktor der MTS (Maschinen-Traktoren-Station) und der SED-Parteisekretär der MTS ihrer Funktionen enthoben. Wer die «Direktive des ZK zur verlustlosen Bergung der Hackfruchternte» vom 26. August nicht ernst nehme, arbeite dem Feind in die Hände, heisst es in der Anordnung der Bezirksleitung Dresden der SED über die Funktionsenthebung, der sich ein Parteidisziplinarverfahren anschliessen wird.

Als «blamable Praxis» bezeichnet der Sender Dresden den Ernteeinsatz von neun Fussballsportlern aus dem VEB Vakutronik am letzten Sonntag. Die Sportler, die der LPG «Neues Leben» in Rochwitz von ihrem Betrieb als Ganztagshilfe für das Wochenende zur Verfügung gestellt worden waren, erschienen, wie der Sender kritisiert, «erst nach neun Uhr auf den Feldern, ernteten 35 Zentner, stürzten sich dann förmlich über die Verpflegung her und liessen nach insgesamt zwei Stunden Arbeit die Rochwitzer Genossenschaftsbauern im Stich.»

*

Eine Kontrolle in den Staatsgütern (Sowchosen) des Moskauer Gebiets brachte nach der Ernte auf eine Hektar bis zu fünf Tonnen Kartoffeln ans Tageslicht. Ein Beispiel, das den passiven Widerstand der Bauern selbst im «fortschrittlichsten Unionsteil» zeigt. Die Kartoffeln wurden natürlich nicht in so rauhen Mengen übersehen, als man sie grub, sondern absichtlich in der Erde belassen, um die eigene Versorgung zu garantieren und den Ablieferungspflichten zu entgehen.

Aussenpolitik

Albanien

Blockade unter Brüdern

In der Absicht, Albanien zum Einschwenken auf die Moskauer Generallinie zu zwingen, hat Chruschtschew über Albanien einen Boykott verhängt. An wichtigen Verhandlungen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) oder des Warschauer Paktes nimmt Albanien nicht mehr teil. Zu unbedeutenden Anlässen, wie Jugendfestival, Friedensbewegungen und dergleichen, sind die Skipetaren noch zugelassen.

Als Folge dieser Blockade entstehen in Albanien gefährliche Engpässe. Der Rückzug mehrerer tausend sowjetischer Experten zwingt zur raschen Ausbildung der dringend benötigten Techniker. Nach einem Bericht von Erziehungsminister Manusch Myftin fehlen der Wirtschaft etwa 50 Prozent der höheren, 30 Prozent der mittleren und 10 Prozent der unteren Kader. An seiner letzten Sitzung hat das Zentralkomitee verschiedene Massnahmen beschlossen, um diesem Missstand abhelfen zu können.

Verschärfend wirkt sich der Mangel an Ersatzteilen aus. Albanien erhielt zur Durchführung der Industrialisierung Ende der fünfziger Jahre zahlreiche Werkzeugmaschinen aus dem Ostblock und hat nun Schwierigkeiten beim Bezug der Ersatzteile. Am 4. Kongress der albanischen Konsumgenossenschaften, die das Verteilernetz des Landes kontrollieren, sind diese Schwierigkeiten eingehend besprochen worden.

Als Folge davon ergibt sich das übliche Bild einer Mangelwirtschaft: steigende Preise, Schlangen vor den Verkaufsläden und schwarzer Markt. Vor einem Milchladen in Pogradec hat kürzlich ein westlicher Tourist eine Schlange von über 100 Käuferinnen angetroffen.

Durch Heer und Polizei werden dem Produktionsprozess etwa 20 Prozent der arbeitsfähigen Männer entzogen, was sich sehr nachteilig auswirken muss. Die chinesische Hilfe ist noch ungenügend; auch der Einsatz rotchinesischer Experten hat sich als wenig wirksam erwiesen. Daher wird Albanien diese Schwierigkeiten nicht ohne Neuorientierung seiner Aussenpolitik überwinden können. Der vorteilhafteste Weg wäre natürlich durch das jugoslawische Beispiel vorgezeichnet. Natürliche Gegensätze zu diesem Nachbar lassen jedoch solche Entwicklungen als wenig wahrscheinlich erscheinen.

Kultur

UdSSR

Stravinsky gestrauchelt

Jeder Musikfreund weiss, dass Igor Stravinsky ein gebürtiger Russe ist, dass er nach der Oktoberrevolution emigrierte und seither im Westen lebt. Seine musikalischen Werke sind dem schweizerischen Publikum gut bekannt. Bekannt ist auch, dass Stravinsky kürzlich die Sowjetunion besuchte. Das ist zwar heutzutage keine Seltenheit mehr, auch für einen russischen Emigranten nicht, denn viele von ihnen durften in den letzten Jahren aus geschäftlichen Gründen (als Vertreter westlicher Firmen) oder aus persönlichen Gründen (Wiedersehen mit Verwandten) ihre frühere Heimat besuchen. Es kommt aber dabei selten vor, dass die Aussagen eines solchen Emigranten in der Sowjetpresse zitiert werden. Bei Stravinsky war das der Fall, und zwar offensichtlich nicht wegen seiner musikalischen Verdienste, sondern weil die Aussagen dieses weltberühmten Komponisten propagandistisch ausgewertet werden konnten.

Die «Pravda» veröffentlichte ein Interview mit Stravinsky, in welchem er u. a. folgendes sagte: «Fern von der Heimat habe ich vieles über den grossen Fortschritt in der UdSSR gehört. Der erste Beweis dafür war für mich das hervorragende Flugzeug, welches uns auf seinen mächtigen Flügeln trug. Ich sah in ihm das Symbol des neuen Russlands... Moskau und die Bewohner von Moskau sind voll des Optimismus und der Energie... In dieser wunderbaren Atmosphäre fühlte ich mich jung... Die Sowjetunion verwirklicht ihre Vorschläge betreffend die Entwicklung der Kontakte zwischen den Völkern. Die edle Tätigkeit der Sowjetregierung, die der Wahrung des Friedens dient, ist für die einfachen Menschen in den USA verständlich, weil sie in Frieden und Freundschaft mit dem Sowjetvolk leben wollen. Diesem hohen Ziel müssen auch die kulturellen Beziehungen dienen, die die Annäherung zwischen den Völkern und die gegenseitige Bereicherung ihrer Kultur fördern.»

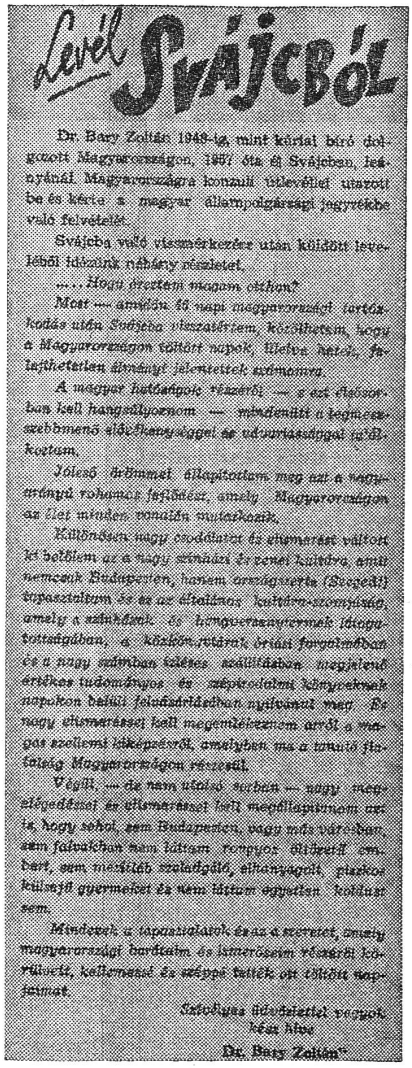
Stravinsky hat nicht immer solche Ansichten vertreten; noch 1957 lehnte er einen Besuch in Moskau ab. Nunmehr, da der 80jährige Komponist auch von Chrustschew empfangen wurde, und da man ihn mit Ehrenbezeugungen überschüttete, hat er offenbar seine Meinung geändert.

Dieser Fall beweist von neuem, wie sich Talent und Intelligenz mit einer beängstigenden politischen Unreife paaren können. Mancher einfache russsische Emigrant, der es versteht, zwischen Russland und seiner heutigen Regierung zu unterscheiden, wird mit Ueberraschung und Erbitterung feststellen, dass der begnadete Künstler Stravinsky sich als Werkzeug der kommunistischen Propaganda betätigte. Kontakte ja, aber im Einsatz für die Freiheit.

Die neuseeländische Eisenbahnverwaltung hat mit der jugoslawischen Aussenhandelsfirma «Pruga» einen Vertrag auf Lieferung von 200 Eisenbahnwagen unterzeichnet. Dies ist der erste Auftrag solcher Art aus Neuseeland, das Rollmaterial bisher aus Grossbritannien bezogen hat. Der rote Handel lockt.

Ein Brief aus der Schweiz

Unter diesem Titel wurde in der Budapester Zeitung «Magyar hirek» am 1. Oktober 1962 der Brief eines in der Schweiz lebenden Ungarn abgedruckt. Die Zeitung und die Person des Briefschreibers sind von besonderem Interesse, weshalb wir dem Ausschnitt aus der Zeitung auch die Uebersetzung gegenüberstellen, um anschliessend einige Ueberlegungen beizufügen.



Levél Svájcból

Dr. Bary Zoltán 1948-ig, mint kúriai bíró dolgozott Magyarországon, 1957 óta él Svájcban, lányánál. Magyarországra konsuli útlevéllel utazott be és kérte a magyar állampolgársági jegyzékbe való felvételét.

Svájcba való visszatérése után küldött levéléből idézünk néhány részletet.

... Hogy éreztem magam otthon?

Most — amióta 46 napi magyarországi tartózkodás után Svájcba visszatértem, közölhetem, hogy a Magyarországon töltött napok, illetve hetek, feledhetetlen élmény jelentettek számomra.

A magyar hatóságok részéről — s ezt elsősorban kell hangsúlyoznom — mindenütt a legmesszebbmenő előzékenységgel és udvariassággal találkoztam.

Jóleső örömmel állapítottam meg azt a nagyarányú roham-fejlődést, amely Magyarországon az élet minden vonalán mutatkozik.

Különösen nagy csodálatot és elismerést váltott ki belőlem az a nagy szomjúság és vágy kultúrára, amit nemcsak Budapesten, hanem országszerte (Szegeden) tapasztaltam és az az ellátottság kultúra-szomjúság, amely a színházak és hangversenytermek látogatottságában, a könyvtárak óriási forgalmában és a nagy számban kiadott szakirodalmi és népszerű tudományos és szépirodalmi könyveknek napokon belüli feloszthatóságában nyilvánul meg. Ez nagy elismerést kell megemlítenem arról a magas szellemi igényszintről, amelyben ma a munkás és parasztság Magyarországon részesül.

Végül, — de nem utolsó sorban — nagy megelégedésemre és elismerésemre kell megállapítanom azt is, hogy sehol, sem Budapesten, vagy más városban, sem falvakban nem láttam koldus, éhező embert, sem nem láttam szolgáló, elhanyagolt, piszkos külsejű gyermeket és nem láttam egyetlen koldust sem.

Mindezek a tapasztalatok és az a szeretet, amely magyarországi barátaim és ismerőseim részéről körülvett, kellemessé és széppé tették az eltöltött napjaimat.

Szívélyes üdvözlettel vagyok
Kézhez
Dr. Bary Zoltán"

«Dr. Zoltàn Bary arbeitete bis 1948 als Richter der Curia in Ungarn; seit 1957 lebt er bei seiner Tochter in der Schweiz. Er reiste mit einem Konsularpass nach Ungarn und beantragte seine Aufnahme in die Liste der ungarischen Staatsbürger.

Wir zitieren einige Stellen aus seinem, nach der Rückkehr in die Schweiz geschriebenen Brief.

«... Wie habe ich mich zu Hause gefühlt? Jetzt, da ich nach einem Aufenthalt von 46 Tagen in Ungarn in die Schweiz zurückkehrte, kann ich mitteilen, dass die in Ungarn verbrachten Wochen für mich unvergessliches Erlebnis darstellen.

Von Seiten der ungarischen Behörden — und dies muss ich vor allem betonen — ist man mir überall mit der weitgehendsten Zuvorkommenheit und Höflichkeit entgegengekommen.

Mit Wohlbehagen habe ich jene grosse, stürmische Entwicklung, welche sich in Ungarn auf allen Linien des Lebens zeigt, festgestellt.

Besonders grosse Bewunderung und Anerkennung lösste jene grosse Theater- und Musikkultur bei mir aus, welche ich nicht nur in Budapest, sondern im ganzen Lande (Szeged!) kennen lernte; ferner jener allgemeine Durst nach Kultur, welcher sich im Besuch von Theatern und Konzerten, im riesengrossen Verkehr der öffentlichen Bibliothek und auch darin äussert, dass die in grosser Anzahl und in geschmackvoller Ausstattung erscheinenden wertvollen wissenschaftlichen und belletristischen Bücher in wenigen Tagen aufgekauft sind. Mit grosser Anerkennung muss ich auf jene hohe intellektuelle Bildung hinweisen, welche heute der studierenden Jugend Ungarns zuteil wird.

Zum Schluss muss ich mit grosser Genugtuung und Anerkennung feststellen, dass ich nirgends, weder in Budapest noch in anderen Städten und Dörfer, Menschen in lumpigen Kleidern oder barfuss herumlaufende und verwahrloste Kinder mit schmutzigem Aeussern, oder einen einzigen Bettler gesehen habe.

All diese Erfahrungen und die Liebe, mit welcher mich meine ungarischen Freunde und Bekannten umgaben, haben meine dort verbrachten Tage sehr angenehm und schön gestaltet.

Mit freundlichen Grüssen, ihr ergebener Dr. Zoltàn Bary.»

Hierzu sind einige Erläuterungen nötig: «Magyar hirek» ist eine Zeitschrift, die in einer Auflage von etwa 200 000 Exemplaren den ungarischen Emigranten im Ausland — meist kostenlos — zugestellt wird. Sie dient vor allem der politischen Propaganda, aber auch der Rekrutierung von Rückwanderern und Spionen.

Dr. Bary war eine massgebliche Persönlichkeit und amtete als Richter der Curia, die 1949 in «Oberstes Gericht» umbenannt worden ist.

Eine besondere Bewandtnis hat es ferner mit dem Konsularpass. Dieses Dokument wird auf Wunsch jenen im Ausland lebenden Emigranten ausgestellt, der nach wie vor die ungarische Staatsbürgerschaft behalten will. Die ungarischen Behörden unternehmen vielerlei Anstrengungen, um möglichst vielen Flüchtlingen diesen Konsularpass ausstellen zu können.

Diese Bestrebungen des kommunistischen Regimes hat der Briefschreiber, der als Richter abgesetzt wurde und sein Land offensichtlich aus politischen Gründen verliess, auf ungeschickte Weise unterstützt. Die Propaganda der Unterdrücker des Freiheitskampfes vermag dadurch glaubwürdiger zu erscheinen.

Unser Memo

In Rom ist das zweite vatikanische Konzil eröffnet worden. Die Augen der geistlichen und der geistigen Welt sind auf die Ewige Stadt gerichtet. Die Hoffnungen sind gross und berechtigt, dass die Einheit der Christen wiederum aufgebaut werden könne. Sicher lässt sie sich nicht von einem Tag auf den andern verwirklichen; sicher gibt es grosse Schwierigkeiten. Aber dem Gebot und der Not entsprechend müssen hüben und drüben Schritte zur Mitte gemacht werden.

Nur aus dieser Einheit heraus werden die vom Christentum her bestimmte Freiheit und der ewige Wert der einzelnen Seele gegenüber den Anfeindungen und Anfechtungen des Totalitarismus bestehen können. Es waren diese christlichen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die schliesslich in der Demokratie ihren höchsten Ausdruck politischer Natur fanden. Dass diese Demokratie nur Stückwerk bleibt, ist selbstverständlich, weil sie mehr als der kirchliche Bereich blosses Menschenwerk ist.

Am jetzigen Konzil nehmen denn anders als früher alle Christen Anteil. Es ist im Unterschied zu den vorangehenden Versammlungen nicht der Ausdruck einer inneren Bedrohung der römisch-katholischen Kirche, die wohl selten so unangefochten dastand; es ist vielmehr ein Zeichen für die christliche Solidarität angesichts der gemeinsamen Gefahr. Es ist auch eine brüderliche Antwort auf die Konferenz des ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi.

Daher ist verständlich, dass die Führer des Weltkommunismus dem Konzil sehr feindlich gegenüberstehen. In der September-Nummer der Zeitschrift «Weltwirtschaft und internationale Beziehungen», die in Moskau erscheint, hat M. Kovalskij die kommunistische Stellungnahme umrissen. Danach sei die katholische Kirche mit all ihren Organisationen ein Instrument des Kapitalismus, ein Instrument auch des Antikommunismus. Die «reaktionären Kleriker» würden oft als Vollzieher der politischen Ideen des Imperialismus auftreten, wie beispielsweise bei der europäischen Integration.

In Uebereinstimmung mit der kommunistischen Taktik wird natürlich versucht, Widersprüche und Gegensätze innerhalb der katholischen Kirche — zwischen verschiedenen Richtungen wie auch zwischen hohem und niederem Klerus sowie zwischen Klerus und Volk — aufzudecken, die alsdann kräftig geschürt werden sollen. Selbstverständlich wird auch auf Ueberläufer hingewiesen, so auf den italienischen Jesuit Algiero Tondi, der mit der Kirche gebrochen hat. Es gebe schon Geistliche, wenn ihre Zahl auch noch unbedeudent sei, die im Marxismus-Leninismus die einzige wissenschaftliche Lehre erblickten.

So hat — wie nicht anders zu erwarten war — der Kommunismus seine Stellungnahme aus seiner ideologischen Verklemmung heraus bestimmt. Einmal mehr gehen die Führer des Ostblocks an der Wirklichkeit vorbei; einmal mehr sind sie in ihrer dogmatischen Erstarrung unfähig, echte und tiefgreifende Wandlungen wahrzunehmen.

Die Antwort auf den Kommunismus muss aus der christlichen Botschaft fliessen und im unbeirrbaren, gelassenen Aufbau der echten Solidarität bestehen.

In diesem Sinne ist es als Erfolg zu werten, dass die russische Orthodoxie nun doch Beobachter an das Vaticanum entsendet, wie auch die Prager Friedenskonferenz von Prof. Hromadka sich nicht endgültig zu distanzieren scheint. Dass eine polnische Gruppe vom Konzil eine Stellungnahme zum «westdeutschen Imperialismus» verlangt, gehört zu den wohl unvermeidlichen Begleiterscheinungen historischer Anlässe.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 17. Oktober 1962

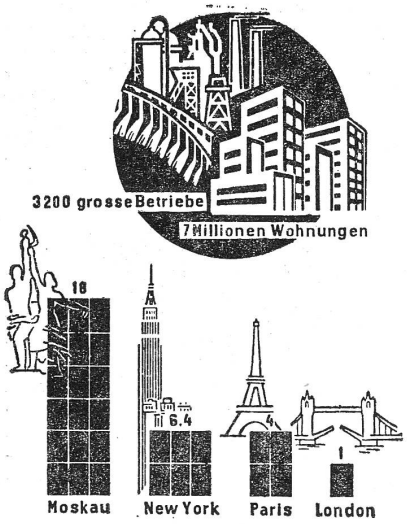
Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Wunschtraum und Wirklichkeit

Die Frage der Wohnungsbauten beschäftigt die Bevölkerung in den kommunistischen Ländern wohl mehr als die meisten anderen Probleme und wird zuzeiten nur von der Agrarkrise überschattet.

Auch bei uns im Westen sind wir vom Wohnungsbau betroffen, wenn auch in beträchtlich anderer Art. Die Hochkonjunktur wirkt sich nachgerade störend aus, vor allem auf die Verkehrslage. Und Krane sind mittlerweile zum Wahrzeichen jeder Stadt geworden. Trotzdem sind keine oder nur wenige Wohnungen frei. Mit dem von der Kriegszeit herrührenden Nachholbedarf lässt sich diese Lage nicht mehr begründen, wohl aber mit den gewaltig gesteigerten Ansprüchen an die Wohnkultur.

In der ersten Halbzeit des 7-Jahresplans wurden in der Sowjetunion gebaut:



Wohnungsbau 1961 auf je 1000 Einwohner.

In den Ländern des Ostblocks konnte sich der Wohnungsbau bis heute nie recht entfalten. Er wurde weitgehend dem Machtaufbau geopfert. So entstanden grosszügige Gelehrtenstädte, modernste Forschungslaboratorien, sogenannte Kulturpaläste und gewaltige Industriebetriebe.

Der tiefe Lebensstandard der vom Kommunismus unterdrückten Völker offenbart sich am eindrücklichsten in der Wohnlage. Der Staatsbürger hat einen rechtlichen Anspruch auf 5 bis 10 m², je nach Land. Deshalb ist eine geräumige Dreizimmerwohnung oft genug von drei Familien bewohnt. Das eine mehrköpfige Familie in ein und demselben Zimmer lebt, ist geradezu die Regel.

Es sind nicht zuletzt die Kontakte mit dem Westen, die das russische Volk sich dieser misslichen Lage bewusst werden lässt. Bekannt ist der viel herumgereichte Seufzer des Russen, der himmelwärts der Bahn der beiden Raumschiffe Vostock III und IV nachschaut und sich fragt: «Und wo bleibt mein Einerzimmer?»

Damit wird natürlich ein Bedürfnis geweckt, das der kommunistische Staat irgendwie befriedigen muss, soll der Druck der öffentlichen Meinung die Sicherheitsgrenze nicht übersteigen. Dieses Bedürfnis kann aber nur befriedigt werden, wenn der Weg zurück von den Kanonen zur Butter gewählt wird. Oder wenn die Besserung der Lebenshaltung durch geeignete Propaganda vorgetäuscht wird.

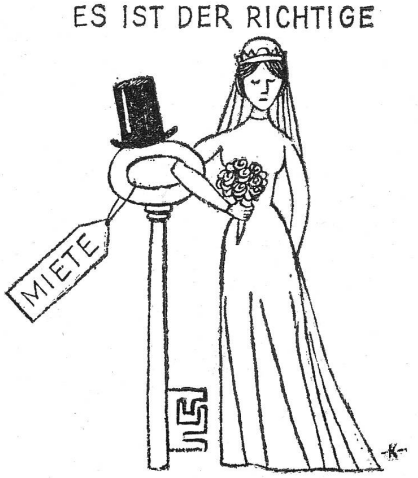
Zweifellos ist eine leichte — sehr leichte — Besserung der Verhältnisse festzustellen. Aber so hell wie die kommunistische Brille es sieht, dämmert das Morgenrot noch nicht.

Der graphischen Darstellung über den Wohnungsbau der Sowjetunion (Bauern-Echo aus der SBZ) nach zu schliessen, hat die UdSSR die andern Ländern im Wohnungsbau weit hinter sich gelassen. Hier liegt wieder einmal ein Musterbeispiel der statistischen Lüge vor. Die Wohnbevölkerung von New York, Paris und London weist nämlich einerseits keinen entsprechenden Nachholbedarf auf und wandert im übrigen in die Vorstädte ab. Es ist geradezu erstaunlich, dass in diesen Städten überhaupt noch eine so grosse Wohnbautätigkeit entfaltet wird.

In der UdSSR dagegen müssen wie in den Satelliten zum Teil menschenunwürdige Zustände korrigiert werden.

Den Prachtsbauten als Fassaden potemkinscher Dörfer hat man sich zwar in der Nachkriegszeit durchaus gewidmet, zur Irreführung naiver Besucher. Schaut man aber in die Hinterhöfe des Alltags, offenbaren sich die Verhältnisse im wahren Licht.

Das zeigt insbesondere auch die Karikatur aus «Ludas Matyi», die den mannbaren Mädchen den Ehebund mit einem Wohnungsschlüssel nahelegt. So hat man wenigstens Bett und Dach, wenn auch noch

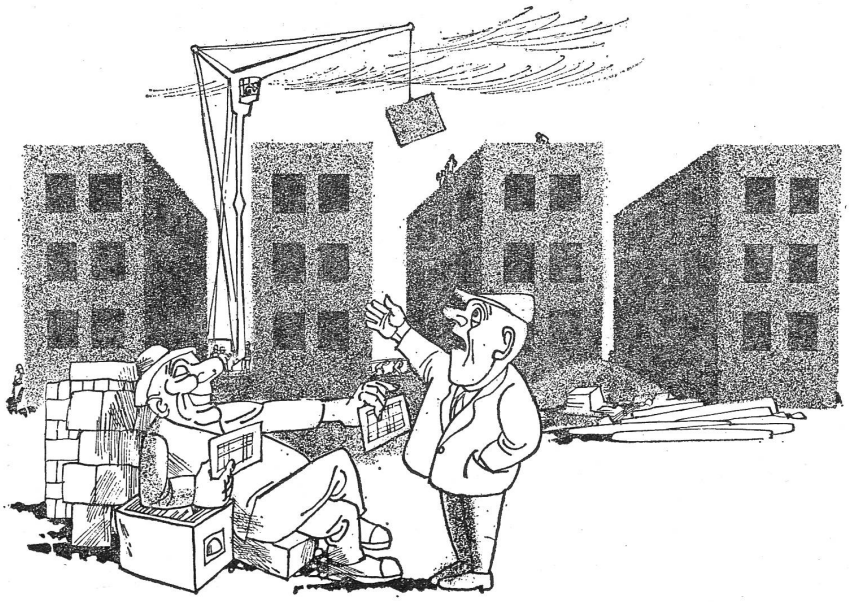


keinen Mann, was immerhin besser ist als umgekehrt.

Von etwas brutaler Offenheit ist die Zeichnung aus dem ostzonalen «Eulenspiegel», besonders wenn man die Ostberliner Verhältnisse etwas näher kennt. Als «pièce de résistance» wurde vor mehr als einem Jahrzehnt im Schaufenster des Kommunismus die Stalinallee errichtet, mit eintönigen Häuserreihen im erstarrten Stil des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Während vorne die Marmorfassaden errichtet wurden, bröckelte hinten schon die Mauer ab. Parteipoet Kuba bedachte die Allee mit einer denkwürdigen Hymne, die wie der Name selbst der Entstalinisierung geopfert worden sein dürfte. Die beiden letzten Zeilen lauteten:

«Sagt, wie soll man Stalin danken?
Wir gaben dieser Strasse seinen Namen.»

So vergeht der Ruhm der Welt, möchte man — hier ohne Bedauern — mit dem alten Geschichtsschreiber ausrufen.



«Die Häuser, die ihr gebaut, sind ja alle gleich und noch grau und eintönig.»

«Zugegeben. Aber guck dir doch mal die Normen an. Die sind bunt und vielfältig!»